

Volksabstimmung über den EU-Vertrag!

Internetforum mit
Helga Zepp-LaRouche:
22.09.2009, 18 Uhr
www.bueso.de

Von Helga Zepp-LaRouche,
Kanzlerkandidatin der BüSo

Nächstes Internetforum
mit Lyndon LaRouche:
08.09.2009, 19 Uhr
www.bueso.de

Die Reaktion von verschiedenen Seiten auf das Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtes zum Lissaboner Vertrag und zum Begleitgesetz demonstriert, daß die Gegner der Souveränität Deutschlands und des Grundgesetzes offenbar nicht aufzuhören gedenken, beides auszuhebeln. Darauf kann es eigentlich nur eine Antwort geben: über den Lissaboner Vertrag muß es eine Volksabstimmung geben.

Das Karlsruher Urteil vom 30. Juni, in dem das Bundesverfassungsgericht zwar einerseits erklärt hat, der Vertrag von Lissabon sei mit dem Grundgesetz vereinbar, aber nur in der Auslegung des Urteils von Karlsruhe, war eine wichtige Bestätigung des Prinzips der Souveränität der europäischen Staaten - auch wenn diese in Deutschland in der Realität natürlich nicht existiert - und eine definitive Zurückweisung der Idee der EU als Bundesstaat. Mindestens genauso wichtig war die schallende Ohrfeige, die Karlsruhe dem Bundestag und dem Bundesrat verpaßte, die bei der Abstimmung zum Begleitgesetz, anstatt die Rechte der beiden Gremien auszuweiten und zu stärken, diese in Bausch und Bogen an Brüssel übertragen hatten. Karlsruhe bezeichnete dies als verfassungswidrig, und verordnete eine Neuformulierung des Begleitgesetzes in Übereinstimmung mit der 150 Seiten umfassenden Rechtsauslegung des Karlsruher Urteils.

Das höchste Gericht in Deutschland hat einen mit 515 Stimmen abgegebenen Beschluß des Bundestags, in der es nach Artikel 38 des Grundgesetzes um die ureigenste Aufgabe der Abgeordneten als Vertreter des Volkes geht, als Verfassungsbruch bewertet. Dieser Verfassungsbruch ist ungeheuerlich. Gab es darüber eine Debatte oder auch nur einen einzigen tiefgehenden Kommentar in den Medien - von unseren einmal abgesehen? Nein, es gab sie nicht. Sagt das etwas aus über den Zustand der Demokratie in Deutschland? Eine ganze Menge. Keiner dieser 515 Abgeordneten ist nach dieser Abstimmung mehr wählbar für jeden, dem Freiheit und Demokratie etwas bedeuten.

Weil die Regierung die ganze Sache vor der Bundestagswahl durchziehen will, um damit vor dem erneuten Referendum in Irland am 3. Oktober Fakten zu schaffen, wurden die Abgeordneten zu einer Sondersitzung mitten in der Sommerpause am 26. August einberufen. Die SPD widersetzte sich dem Versuch der CSU, das Karlsruher Urteil, daß der EU-Vertrag in Deutschland nur in der Auslegung des Karlsruher Urteils gelte, noch einmal ausdrücklich als Resolution dem Begleitgesetz anzufügen. Der parlamentarische Geschäftsführer Oppermann freute sich über die Demontage Seehofers vom „bayrischen Löwen zum europäischen Bettvorleger“. Was die SPD damit lediglich

bekundet, ist ihre Transformation von einer Arbeitnehmerpartei zu einer Partei, deren Konzept vom Staat *Leviathan* heißt.

Die EU des Lissaboner Vertrages vertritt nach wie vor die Politik des Freihandels und der Globalisierung, die für die Systemkrise verantwortlich ist. So verdient sich Gauweiler auch mit seiner Verfassungsklage gemacht hat, so absurd ist jetzt sein Versuch, sich an der Legendenbildung der CDU/CSU zu beteiligen, wenn er die Politik von Bundeskanzlerin Merkel, den Giftmüll der Banken mit dreistelligen Milliardenbeträgen an Steuergeldern zu finanzieren, mit dem mutigen Handeln Helmut Schmidts in Mogadischu vergleicht. Die Illusion, daß Frau Merkel ihre Sache gut gemacht hätte und die Krise nun ausgestanden sei, wird von äußerst kurzer Lebensdauer sein.

Wenn die nächste Regierung versuchen sollte, auf die für den Herbst zu erwartende Massenarbeitslosigkeit und Firmenpleiten mit massiver Sparpolitik zu reagieren, dann droht der soziale Frieden in Deutschland genau so verloren zu gehen, wie dies derzeit schon in den USA der Fall ist. Dort manifestiert sich gegenwärtig ein Protest, der nur mit dem Aufstand der DDR-Bevölkerung vom Herbst 1989 zu vergleichen ist. Damals wie heute trifft eine lang aufgestaute Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Politik der Regierung zusammen mit dem Staatsbankrott. Im Fall der DDR war es das anscheinend so sekundäre Thema der Reisefreiheit, daß die Bevölkerung zu einem Zeitpunkt auf die Strassen brachte, als die DDR-Wirtschaft bankrott war.

In den USA ist es die Wut der Bevölkerung über insgesamt 25 Billionen \$ an Steuergeldern für die maroden Banken; Kosten, die jetzt in der Form von Einsparungen von 30% beim Gesundheitswesen auf die Bevölkerung abgewälzt werden sollen. 48 von 50 Bundesstaaten in den USA sind insolvent, die reale Arbeitslosigkeit liegt bei 30%, von denen aber ein hoher Prozentsatz wegen dieser Insolvenz kein Arbeitslosengeld bekommt. Alleine für dieses Jahr wird erwartet, daß weitere zweieinhalb Millionen Familien ihre Häuser verlieren. Die Sozialausgaben wurden radikal zusammengestrichen, und zwar für Menschen, deren Leben von diesen Zahlungen abhängt.

Die Obama-Administration und der Kongreß haben in den Augen der Bevölkerung das Mandat des Himmels verloren. Namen wie Larry Summers, Timothy Geithner und Ben Bernanke, den Obama soeben als Chef der Fed wiederernannt hat, stehen für die Kontinuität zur Politik der Bush-Administration. Gegen diese Politik ist die Bevölkerung nun in Hunderten von Bürgerversammlungen mit jeweils bis zu 3000 Teilnehmern aufgestanden und demonstriert: „Wir sind das Volk“.

Bundesgeschäftsstelle: 06131-237384 Berlin: 030-8023405
Baden-Württemberg: 0711-6773726 NRW: 0201-3619753
Niedersachsen: 0176-63291447 Bayern: 089-7254011
Hamburg: 040-18200658 Sachsen: 0351-4278140

www.bueso.de



BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

